

Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen

In einem Maßnahmenplan listete die Stasi kurz vor der Ausbürgerung des kritischen Liedermachers Wolf Biermann noch einmal alle Eckpunkte auf, die zum Entzug der Staatsbürgerschaft führen sollten.

Wolf Biermann, Sohn einer kommunistischen Arbeiterfamilie aus Hamburg, siedelte 1953 als Schüler in die DDR über. Er hielt den Staat für das bessere Deutschland. Dort nahm er ein Studium am Berliner Ensemble, dem von Bertolt Brecht gegründeten Theater, auf. Mit seinen Liedern und Gedichten, die er bald zu schreiben begann, geriet er zunehmend in Konflikt mit der strengen Linie der Staatspartei SED. 1965 verhängte das Politbüro ein totales Auftrittsverbot gegen den Künstler. Darüber hinaus hörte die Staatssicherheit Biermanns Wohnung und Telefongespräche ab, las seine Briefe und setzte auch Spitzel auf ihn an. Ihn einzusperren oder „verschwinden“ zu lassen hätte dagegen zu viele unerwünschte internationale Reaktionen nach sich gezogen.

Obwohl seine künstlerischen Wirkungsmöglichkeiten dadurch auf private Räume eingeschränkt wurden, gewann Biermann weiterhin an Popularität – auch im Westen Deutschlands. Dort veröffentlichte er Schallplatten und Gedichtbände. Das SED-Regime konnte dies nicht verhindern und auch Auftritte des Liedermachers in anderen Staaten formal nicht verbieten. Die DDR-Oberen verweigerten ihm jedoch die Ausreise, wenn es Anfragen an den Liedermacher aus dem Ausland gab. Die einzige Ausnahme sei, so bestimmte SED-Chefideologe Kurt Hager, „dass Biermann eine Ausreise in kapitalistische Länder gestattet werden sollte in der Hoffnung, dass er nicht in die DDR zurückkehrt“. Das aber lag dem Sänger fern.

Deshalb entwickelte das MfS 1973 einen Plan, Biermann gegen seinen Willen auszubürgern. Die Stasioffiziere entwarfen eine Strategie, die vorsah, den Liedermacher in den Westen reisen zu lassen, um ihm dann, wenn er dort seine Lieder öffentlich singt, die Staatsbürgerschaft zu entziehen.

Drei Jahre später bot sich die Gelegenheit, den Plan umzusetzen. Vordergründig erlaubten die Machthaber dem Liedermacher, auf Einladung der Gewerkschaft IG Metall in Köln aufzutreten. Bei diesem Konzert versuchte Biermann leidenschaftlich, die dem Westen fremd gewordene DDR zu erklären. Das Konzert diente der SED-Führung als Vorwand, den Künstler hinterrücks auszubürgern und ihm die Rückkehr zu verweigern.

Der vorliegende Maßnahmenplan listet, basierend auf dem Plan von 1973, noch einmal alle Eckpunkte auf, die zum Entzug der Staatsbürgerschaft führen sollten. Im Anhang befindet sich zudem eine „Argumentationshilfe“, die das Vorgehen der DDR rechtfertigen sollte.

Signatur: BArch, MfS, HA IX, Nr. 16677, BL 29-33

Metadaten

Dienst Einheit: Hauptabteilung IX,	Urheber: MfS
Abteilung 2	Datum: 15.11.1976
Rechte: BStU	

Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen

BStU
000029

Berlin, den 15. 11. 1976

M a ß n a h m e n
zum Abschluß der Bearbeitung Karl-Wolf BIERMANNs

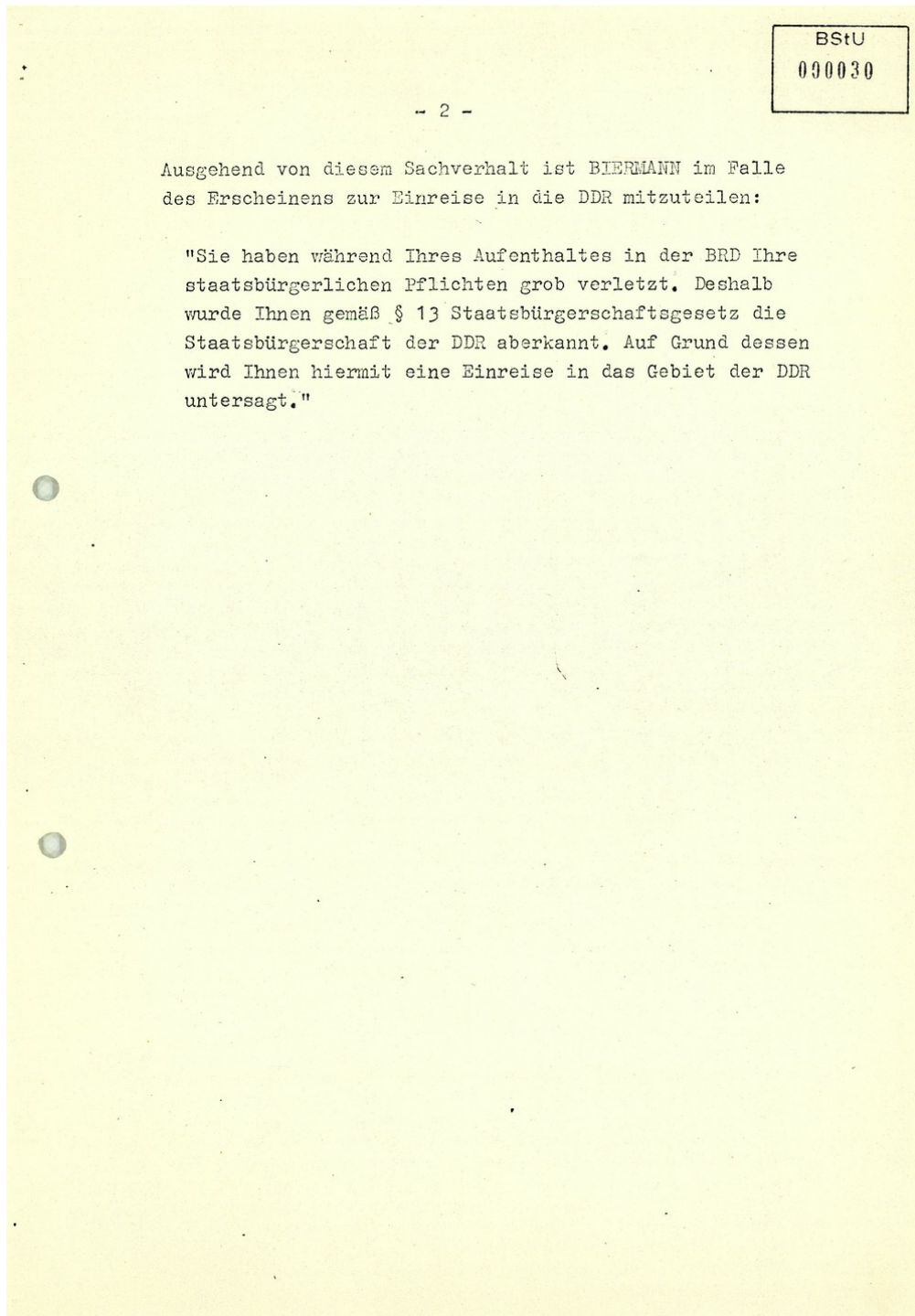
BIERMANN reiste am 11. 11. 1976 über die Grenzübergangsstelle Berlin -Bahnhof Friedrichstraße nach Westberlin und von dort zu einem Besuchsaufenthalt in die BRD aus.

Am 13. 11. 1976 trat BIERMANN in der Zeit von 19.00 - 23.30 Uhr in der Kölner Sporthalle vor ca. 6500 Zuschauern öffentlich auf. In dieser Veranstaltung, die teilweise vom "Westdeutschen Rundfunk" übertragen wurde, sang und rezitierte BIERMANN insgesamt 25 Texte, die überwiegend

- extreme Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR und Aufforderung zu deren Beseitigung;
- Diskriminierungen des sozialistischen Staates, seiner Organe sowie Repräsentanten

beinhalteten und von ihm in hetzerischer Weise kommentiert wurden. Aus den vorliegenden Informationen und Beweisen ergibt sich eindeutig, daß BIERMANN mit diesem Vorgehen die objektiven und subjektiven Tatbestandsmerkmale eines Verbrechens der staatsfeindlichen Hetze im schweren Fall gemäß § 106 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 Abs. 2 StGB erfüllte.

BIERMANN hat durch die dargelegten Handlungen weiterhin während eines Aufenthaltes im Ausland seine staatsbürgerlichen Pflichten grob verletzt, so daß die Voraussetzungen für die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR gemäß § 13 Staatsbürgerschaftsgesetz vorliegen.

Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen

Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen

BStU 000031

Gesichtspunkte zur Argumentation

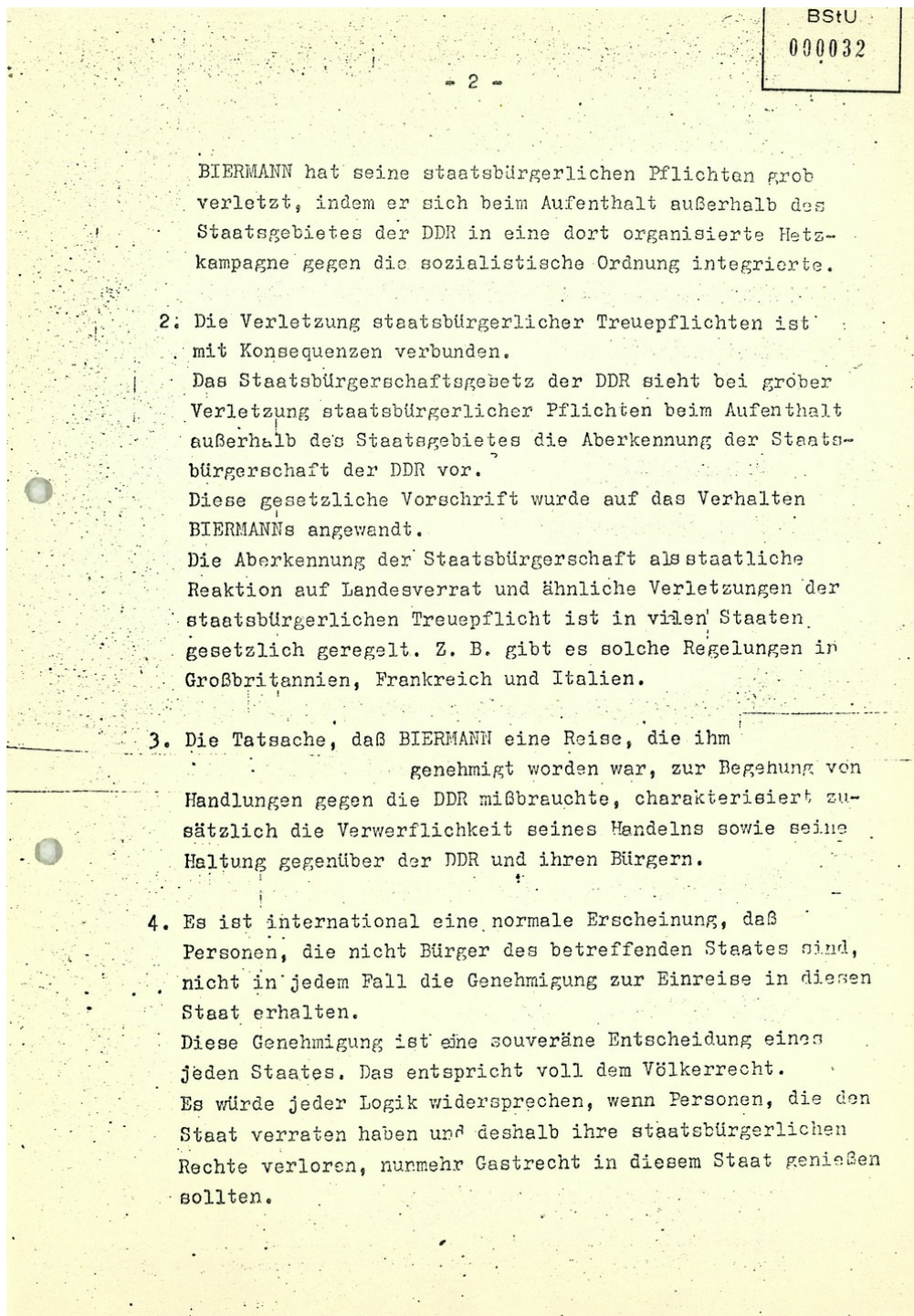
Die für die Argumentation bedeutsamen Fakten des Sachverhaltes sind:

- Eine Person, die 1953 die Staatsbürgerschaft der DDR nach Übersiedlung aus der BRD erwarb, erhält auf ihren Antrag eine Genehmigung zur Ausreise aus der DDR zwecks besuchsweisen Aufenthalts in der BRD.
- Diese Reise wird jedoch dazu mißbraucht, sich in die von reaktionären Kräften außerhalb des Staatsgebietes der DDR entfaltete Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die DDR einzugliedern und damit in grober Weise staatsbürgerliche Pflichten zu verletzen.
- Wegen dieser groben Verletzung staatsbürgerlicher Pflichten erfolgt entsprechend dem Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR die Aberkennung der Staatsbürgerschaft. Damit gehen die Rechte, die aus der Staatsbürgerschaft gegenüber dem Staat abzuleiten sind, verloren.
- Entsprechend dem souveränen Recht jedes Staates, über die Einreise von Personen, die nicht Bürger dieses Staates sind, zu entscheiden, erhält BIERMANN keine Genehmigung zur Einreise in die DDR.

Davon ausgehend können folgende Gesichtspunkte für die Argumentation herausgearbeitet werden:

1. In jedem Staat ist immanenter Bestandteil der Staatsbürgerschaft die Treuepflicht des Bürgers gegenüber dem Staat. Das gilt selbstverständlich auch bei einem Aufenthalt außerhalb des Staatsgebietes.

Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen



Plan zur Durchführung der Ausbürgerung Wolf Biermanns mit Argumentationshilfen

BStU
000033

- 3 -

5. Mit dem geschilderten Sachverhalt sind Rechtsgrundlagen, Umstände und Gründe der staatlichen Entscheidung im Falle BIERMANN eindeutig und erschöpfend erklärt. Es ist kein Raum für Spekulationen. Versuche, der DDR andere Erwägungen und Gründe für ihre Entscheidung zu unterstellen, gehen am Tatbestand vorbei und sind gegenstandslos. Zusätzlich möglich: Sie sind Produkte der Zentren der politisch-ideologischen Diversion mit der offenkundigen Zielstellung, einen ganz normalen Vorgang für die feindliche Konzeption der Verleumdung des Sozialismus "passend" zu machen.
6. Diejenigen, die sonst in jeder Weise die Staatsbürgerschaft der DDR mißachten und diskriminieren, z. B. durch
- das Karlsruher Urteil
 - den Unterhalt und Ausbau der sogenannten Zentralen Erfassungstelle der Länderjustizverwaltungen in Salzgitter/BRD
 - die diskriminierende und schikanöse Behandlung von Bürgern der DDR bei der Grenzpassage
- entlarven ihre Demagogie und tatsächliche Zielsetzung, wenn sie sich jetzt plötzlich für einen Verräter einsetzen, weil ihm die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt wurde.